BürgerBrief

Frei Denken | Frei Leben

Ausgabe: 1. Quartal 2025

www.diebasis-partei.de



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie halten die dritte Ausgabe des Bürgerbriefes der Partei „dieBasis“, Stadtverband Bielefeld, in Ihren Händen.

Unser Bürgerbrief erscheint 1-2 mal pro Quartal und beschäftigt sich mit den Themen, welche die Bürger der Stadt Bielefeld bewegen.

Weitere Informationen über unsere Partei **„dieBasis“** finden Sie unter dem Link: https://bielefeld.diebasis.nrw/

Ihre Redaktion des BürgerBriefes

Krieg ist niemals eine Option

Wahlentscheidung am 23.02.2025

Der Antrag der FDP, Taurus Marschflugkörper in die Ukraine zu liefern, wurde am 6. Dezember im Bundestag lautstark diskutiert. Diese Lieferung würde bedeuten, dass Deutschland der Ukraine erlaubt, Ziele auf dem Gebiet Russlands zu beschießen und deutsche Bedienmannschaften in den Krieg zu schicken. Kurz: Deutschland würde mit allen damit verbundenen Risiken zur Kriegspartei.

Anm. des Verfassers: Der Bundestag kann zwar abstimmen, jedoch nichts entscheiden. Zunächst muss das Kabinett in Absprache mit dem Verteidigungsministerium ein entsprechendes Mandat vorlegen. Im gegenwärtigen Kabinett wird sich kaum eine Mehrheit dafür finden. Bei der nächsten Regierung sieht das vielleicht ganz anders aus! Mit der kommenden Wahl werden wir auch bestimmen, ob unser Land ohne Not zum Kriegsschauplatz gemacht werden kann oder nicht!

Der Verfasser verurteilt jeden Krieg ohne wenn und aber. Damit verurteilt er auch den russischen Angriffskrieg. Aber wie kam es dazu, dass die USA und Europa sich im Ukraine-Krieg mit Russland und inzwischen vielen anderen (BRICS-)Staaten anlegen? Nicht Russland bedroht den Westen, sondern der Westen hat über lange Zeit ein Bedrohungs-Szenario gegenüber Russland geschaffen und alles getan, um den Ukrainekrieg zu provozieren. Dafür ist der Westen nun bereit, jedes Risiko einzugehen. Das ist die russische Perspektive und dazu die Fakten!

Historische Fakten

Seit 1904 besagt die Heartland Theorie nach McKinder, dass eine Weltherrschaft nur über die Kontrolle des gesamten Eurasischen Raums zu gewinnen ist. Und das ist kein alter Hut!

Konsequent verkündete George Friedman (US-amerikanischer Geo-stratege und Sicherheitsexperte: https://www.youtube.com/watch?v=ablI1v9PXpI), dass eine Kooperation Europas, speziell Deutschlands, mit Russland die größte Bedrohung US-Amerikanischer Interessen ist und es diese zu verhindern gilt. Europäische und russische Interessen mussten also auseinander dividiert werden. Wie konnte das funktionieren? Ganz einfach! Die Ukrainische Politik brauchte im Vorfeld nur maßlose Forderungen zu stellen, z.B. nach der Übernahme von Russlands wichtigster Militärbasis auf der Krim.

Als die Ukraine die GUS verließ wurde als wesentliche Vertragsbedingung vereinbart, dass Russland den eisfreien Marinestützpunkt Sewastopol und den zivilen Hafen weiterhin nutzen kann. Diese Nutzungserlaubnis wurde bis 2042 - mit Option auf weitere Verlängerung – ausgedehnt (Vertrag von Charkiv – 21.04.2010). Sewastopol ist mit Zugang zu Mittelmeer, Atlantik und Indischem Ozean der strategisch und ökonomisch wichtigste Stützpunkt Russlands. Diesen Stützpunkt forderte die Ukraine vertragswidrig ein, wohl wissend, das diese Forderung aus russischer Sicht unerfüllbar sein würde und zwangsläufig zur Eskalation führen musste.

Ab 2014 begann die systematische Ermordung etwa 8.000 (Angaben der russischen Botschaft) russischstämmiger Bürger in der Ukraine, u.a. durch das Asow-Regiment!

Zum Asow-Regiment sagt der Bundestag: https://www.bundestag.de/resource/blob/898484/37a9ef84c1c220157930089f1c43a579/WD-2-025-22-pdf-data.pdf

„2.3. Bezug zum Rechtsnationalismus und Rechtsextremismus

Besonders auffällig ist die verbreitete und aggressive Verwendung von rechtsextremistischer Symbolik.“

Das ZDF liefert folgende Information: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/militaer-kampftruppe-asow-waffen-usa-100.html

Am 12. Juni hob die US-Regierung das Verbot auf, dem Asow-Regiment in der Ukraine militärische Ausbildung und in den USA hergestellte Waffen zu liefern.

Fortsetzung von Seite 1

Das Verbot bestand, seit die Vereinigten Staaten damit begonnen hatten, einige ukrainische Einheiten auszubilden und zu bewaffnen.
Wenn die UN-Charta die Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten verbietet, so wurde sie hiermit offensichtlich ebenso bewusst umgangen, wie mit dem Ringtausch von immer schwereren Waffen.
Nach dem Ende der Sowjetunion wurde der Warschauer Pakt aufgelöst. Die Nato dehnte sich im Gegenzug und der historischen Linie folgend um weitere 16 Länder aus.. Umstritten ist dabei, wie weit das im Widerspruch zum 2 + 4 Vertrag (Wiedervereinigung) steht.

Weiterlesen auf:

https://bielefeld.diebasis.nrw

Es gibt viel zu tun, packen wir`s endlich mal an? Ein Rückblick auf 2024

Die Tüte

Wer am Hauptbahnhof ankommt, wird schnell mit der Suchtszene konfrontiert. Zwar wurde eine Waffenverbotszone eingerichtet, dennoch findet sich kein Lösungsansatz, um Suchtkranken zu helfen und Kriminalität einzudämmen.

Fahrradbunker am Bahnhof

Geplant für 4.000 Räder, wobei niemand weiß, wo die Zufahrt sein soll. Die Kosten sollen sich auf 14,5 Millionen Euro belaufen. Ein ähnlicher Betrag wurde für den Jahnplatz kalkuliert und erheblich überschritten.

Jahnplatz

Nachdem die Stadt den Tunnel vom Investor zurückkaufen musste, weiß niemand, was damit passieren soll. Fahrradgarage: geht nicht. Es gibt keinen Platz für eine Zufahrt! Kultur und Kleinkunst: geht wegen der Belüftung und Bedenken der Anwohner nicht. Also zuschütten?

Mit diesem QR-Code können Sie die vollständigen Artikel und mehr auf unserer Website lesen

Altstadt

Der Altstadtraum soll verbessert werden. Bürger konnten dabei mitentscheiden. Drei Beratungsgesellschaften stellten Konzepte in der alten Spinnerei vor, und interessierte Bürger durften online abstimmen. Diese Mitbestimmung war eine teure Farce, denn inzwischen gab es außer zahlreichen Änderungen obendrein die neue Parkraumbewirtschaftung.

Parkraumbewirtschaftung

In der Altstadt sollen alle Stellflächen wegfallen. In den umliegenden Gebieten wird die Anzahl nach Abstand zur Stadtmitte abgebaut. Anwohner, die dann keinen Parkplatz mehr haben, können sich in noch zu bauende Quartiersgaragen für 110,00€ einmieten.

Heeper Straße / Herforder Straße

Die Heeper Straße soll Bikelanes bekommen, obwohl parallel ein sehr schöner Radweg vom Meyerhof bis zum Finanzamt verläuft. Auf einer Straßenseite fallen die Parkplätze komplett weg. Omnibusse sind dann Pulkführer und dürfen nicht überholt werden, auch nicht an Haltestellen. Bei etwa 400 Busfahrten am Tag sind Staus vorprogrammiert. Ähnliches ist für die Herforder Straße von der Zimmerstraße bis zur Stadtgrenze Herford geplant.

Baustellenmanagement

Vielleicht klappt es, dass Hauptstraße und Bodelschwinghstraße in diesem Jahr mal wieder befahrbar sind.

Gewerbeflächen

Bielefeld hat keine. Wer expandieren will, muss abwandern. Wer in OWL Arbeitsplätze schaffen will, muss woanders hingehen.

Haushalt

„Der Rat der Stadt Bielefeld hat den Haushalt für die kommenden zwei Jahre verabschiedet. Der Finanzplan sieht Ausgaben in Höhe von jeweils rund 1,9 Milliarden Euro für 2025 und 2026 vor. Für 2025 ist ein Defizit von 138 Millionen Euro prognostiziert.
https://gewerbesteuer.net/News/Bielefeld-verabschiedet-milliardenschweren-Haushalt-fuer-2025-und-2026–1206/
Ob Verlustvorträge oder Ausgleichskapital verhindern, dass Bielefeld bald unter Landesaufsicht gestellt wird, steht in den Sternen.

Außerdem

Die Schulraumfrage ist in weiten Teilen unbeantwortet und die Verpflegungskosten in Kitas sind um 50% gestiegen.

Fazit

Bielefeld hat zahlreiche Probleme zu bewältigen. Besucht man unseren Stadtrat regelmäßig, erkennt man die Tiefe Kluft zwischen Ratsmehrheit und Opposition und weiterhin auch innerhalb der Opposition, also primär zwischen CDU und FDP. Als interessierter Bürger wünscht sich der Verfasser ein Stadtparlament, das miteinander kooperiert und nach sinnvollen Lösungen sucht, die unsere Stadt wieder nach vorne bringen. Dazu braucht es Bürger, die sich engagieren, Ratssitzungen besuchen, sich ihre Meinung bilden und diese auch sachlich äußern, z.B.:

1. Wie können wir unsere Innenstadt attraktiver machen und den dortigen Handel beleben?
2. Wie können wir Gewerbegebiete ansiedeln und dabei Umweltschutz statt Klimapanik zu betreiben?
3. Wie kann die Stadt mehr Geld für Kultur, Soziales und Wirtschaft bereitstellen?

Wenn Sie gute Ideen haben? Die Kommunalpolitik freut sich über konstruktive Vorschläge. Denn, wenn sie nicht weiß, wo dem Bürger der Schuh drückt, kann sie auch nicht in seinem Sinne handeln.

Impressum | Basisdemokratische Partei Deutschland | Landesverband Nordrhein-Westfalen, Fürstenwall 228, DE-40215 Düsseldorf | Vertreten durch Patrick Krone, Manal Noura el Zein und Michael Aggelidis | https://diebasis-nrw.de/ | E-Mail: info@diebasis.nrw | V.i.S.P.: Patrick Krone und Manal Noura el Zein , Fürstenwall 228, DE-40215 Düsseldorf,
Druckerei: WIRmachenDRUCK GmbH, Mühlbachstr. 7, 71522 Backnang | Redaktionsschluss: 10.02.2025
Spendenkonto (Stichwort: BürgerBrief): dieBasis Stadtverband Bielefeld | Volksbank OWL eG | IBAN DE89 4786 0125 0561 6138 00